

Münster soll fairer werden

Startschuss für die Bewerbung um den Titel „Fair-Trade-Stadt“

MÜNSTER. Eine grüne Atmosphäre herrscht am Dienstagmittag im Foyer des Stadthauses 1, und das liegt nicht nur an der Ausstellung zu fair gehandelten Blumen. Mit seiner Unterschrift unter ein offizielles Formular bringt Oberbürgermeister Markus Lewe hier die Bewerbung Münsters als „Fair-Trade-Stadt“ auf den Weg.

„Ich freue mich, dass sich Münster in die weltweit über 1000 Fair-Trade-Städte einreihen kann“, sagt Lewe im Anschluss: „Wir setzen damit ein klares Zeichen.“ Der Titel soll zu einem weiteren Aushängeschild für Münster werden: Er wird verliehen von der gleichnamigen Kampagne des Vereins Transfair – mit dem Ziel, das Bewusstsein für fairen Handel in Verwaltung, Einzelhandel und Gesellschaft zu verankern.

Fairer Handel zielt darauf ab, vor allem Kleinbauern in ärmeren Ländern durch nachhaltige Löhne und Arbeitsbedingungen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Fünf Kriterien muss eine „Fair-Trade-Stadt“ erfüllen, dazu gehört ein ausreichendes Angebot von fair gehandelten Produkten in Geschäften und Restaurants sowie Bildungsangebote in Schulen, Vereinen und Kirchen.

Für Münster ist die Bewer-



Markus Lewe (r.) und Michael Radau, Leiter der Steuerungsgruppe für das Projekt, unterzeichneten die Bewerbung. Foto pd

bung nur noch Formsache, die Stadt geht über viele Anforderungen weit hinaus: Bereits 70 Geschäfte, 29 Cafés, zwölf Schulen, fünf Vereine und 32 Kirchengemeinschaften setzen in ihrem Waren- oder Bildungsangebot auf fairen Handel.

Der Ratsbeschluss fiel bereits im September: Während der Sitzungen im Rathaus und im Büro des Oberbürgermeisters werden von nun an nur noch Tee und Kaffee aus fairem Handel getrunken.

Auch das Essen in den städtischen Kantinen wurde so „besiegelt“.

Die Bewerbung wird zunächst einige Wochen lang geprüft. Direkte Folgen hat der Titel nicht, auch die vorbereitende Steuerungsgruppe arbeitete kostenneutral. „Die Aktivitäten zum fairen Handel, die es seit Jahren in Münster gibt, können so aber deutlich befördert und verstetigt werden“, erhofft sich SPD-Ratsfrau Anne Schulze Wintzler. sja